

Bern, 17. Januar 2018



MEDIENKONFERENZ

GROSSRATSWAHLEN 2018



Die SP Kanton Bern präsentiert ihre Ziele und ihre Kampagne für die Grossratswahlen vom 25. März 2018.

Mittwoch 17. Januar 2018, 10.00 Uhr
Kaffeebar & Coworking Space
Effingerstrasse 10, 3011 Bern
Raum Rosengarten, 1. Stock

An der Medienkonferenz nehmen teil:

- Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern
- Margrit Junker, Vizepräsidentin SP Kanton Bern
- Elisabeth Striffeler, Präsidentin SP-JUSO-PSA Fraktion
- David Stampfli, Geschäftsführender Parteisekretär
- Hannes Rettenmund, Kampagnenleiter

Für weitere Auskünfte:

- Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, 079 645 61 19
- Margrit Junker, Vizepräsidentin SP Kanton Bern, 079 377 75 21
- Elisabeth Striffeler, Präsidentin SP-JUSO-PSA Fraktion, 079 563 94 59

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

GROSSRATSWAHLEN 2018: ZUKUNFT STATT ABBAU!

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zu unserer Medienkonferenz und danke für Ihr Kommen. Wir präsentieren Ihnen heute unsere Wahlziele, wie wir für die Wahlen aufgestellt sind, unsere Themen (durch Vizepräsidentin Margrit Junker), unsere Leistungsbilanz der zu Ende gehenden Legislatur (durch Fraktionspräsidentin Elisabeth Striffeler) und die Kampagne für die Grossratswahlen (durch Parteisekretär David Stampfli und Kampagnenleiter Hannes Rettenmund).

Unser Wahlziel: Wir sind nicht zufrieden mit der aktuellen Politik im Kanton Bern. Die bürgerliche Mehrheit baut Leistungen ab, die für die Bevölkerung zentral sind: Bei der Gesundheitsversorgung (Spitex, Heime, Behinderte, Psychiatrie), in der Bildung (Berufsbildung, IBEM-Pool) beim Sozialen und der Integration, aber auch bei der Innovation und Entwicklung. Wir halten das für kontraproduktiv, es führt wirtschaftlich in eine Abwärtsspirale und es fördert die Zweiklassengesellschaft. Viel besser wäre es, in diese Bereiche zu investieren. Unsere konstruktiven Vorschläge hierfür hatten jedoch keine Mehrheit. Eine Trendwende ist also nur möglich, wenn sich die Kräfte im Grossen Rat gegen links verschieben. Unser Ziel ist deshalb, bei den Grossratswahlen zuzulegen. Wir wollen unseren Wähleranteil von heute 19,14 % auf mindestens 22 % erhöhen. Wir verspüren viel Rückhalt in der Bevölkerung für unsere vorwärtsgerichtete, integrative Politik; dazu gehört auch unser Engagement gegen den Leistungsabbau. Unsere Mitgliederzahlen steigen und wir erzielen bei den kommunalen Wahlen gute Ergebnisse. Wir sind deshalb zuversichtlich, unser Wachstumsziel zu erreichen.

Unser Wahlslogan heisst „Zukunft statt Abbau“. Damit bringen wir auf den Punkt, was ich bereits ausgeführt habe: Wir wollen vorwärtsgehen, in die Zukunft investieren, unseren Kanton attraktiv machen, der Bevölkerung wie auch der Wirtschaft gute Rahmenbedingungen / gute Infrastruktur / gute Lebensqualität bieten. Nur das führt zum Fortschritt. Was das thematisch genau bedeutet, werden meine Kolleginnen im Detail ausführen.

Wir haben uns für die Wahlen gut aufgestellt: Die SP ist eine echte Volkspartei, wir sind bis in die hintersten Ecken des Kantons präsent. Entsprechend haben wir in allen Wahlkreisen starke Listen mit renommierten, bewährten Personen. Es sind insgesamt 243 Kandidierende, das zeigt unsere Breite. Wir wollen unsere ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen im Grossen Rat beibehalten – die Gleichstellung ist bei der SP kein leeres Wort, wir handeln danach. Wir treten überall, mit Ausnahme von 2 Wahlkreisen, mit je einer Frauen- und Männerliste an. In Biel zudem mit einer

Romands-Liste. In 4 Wahlkreisen zusätzlich noch mit einer Juso-Liste, denn auch die jungen Menschen haben bei uns hohes Gewicht. Wir wollen zudem die linken Stimmen optimal bündeln und sind in allen Wahlkreisen Listenverbindungen mit den Grünen eingegangen.

Für die Kampagne haben wir einen wichtigen strategischen Entscheid gefällt: Wir setzen wiederum auf unsere Basiskampagne. Das heisst wir melden uns persönlich per Telefon bei unseren Wählerinnen und Wählern. Dafür investieren wir einen grossen Teil des Budgets, nämlich 160'000 Franken von einem Gesamtbudget von 350'000 Franken. Das bedeutet, dass wir zugunsten der Basiskampagne weniger in Inserate und Plakate stecken. Das ist mutig, aber die SP machte damit bisher gute Erfahrungen. Das zweite grosse Standbein unserer Kampagne sind die Strassenaktionen. Das ist möglich, weil wir im ganzen Kanton auf zahlreiche engagierte Genossinnen und Genossen zählen können.

Die SP Kanton Bern ist gut vorbereitet und voller Tatendrang für die Wahlen 2018.

Margrit Junker Burkhard, Vizepräsidentin SP Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

WAHLPLATTFORM

Sehr geehrte Medienschaffende

Gerne stelle ich Ihnen unsere Wahlplattform vor. Diese wurde von den Delegierten am Parteitag im November verabschiedet. Das Dokument dient allen Kandidierenden als Leitfaden bzw. thematische Grundlage zur Gestaltung der Wahlkampagnen. Die Themen wurden sorgfältig überprüft und ausgewertet, daraus entstanden je drei Hauptforderungen.

In der Einleitung gehen wir vor allem auf die schwierige politische Situation im Kanton Bern ein. Die nun bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat will mit drastischen Sparmassnahmen Steuersenkungen verwirklichen, welche zu einer Zweiklassengesellschaft führen werden. Das Abbaupaket in der Novembersession hat deutlich gezeigt, dass die Sparwut keine Grenzen kennt und von der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat unterstützt wird. Die Steuersenkungen werden dem Grossteil der Bevölkerung sehr kleine finanzielle Erleichterungen bringen. Gerne gehe ich nun auf die drei Hauptthemen ein:

Bildung, Arbeit und Innovation

Unsere drei Hauptforderungen:

Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Die Frühförderung soll gleiche Startchancen für alle Kinder bieten. Die Qualität und das Angebot in der vorschulischen Betreuung müssen mit finanzierbaren Dienstleistungen aufrechterhalten werden. Die Betreuungsstruktur muss gewährleistet sein, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelebt werden kann.

Mehr Investitionen in Bildung und Forschung: Mit Innovation muss die Entwicklung aller Regionen im Kanton Bern gelingen. Projekte müssen unterstützt werden, wie z.B. Innovationspark Biel, ETH Forschungsstandort Thun etc.. Das Bildungsangebot muss für alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen bieten. Die Volks-, Berufs-, Mittel- und Hochschulen müssen genügend Mittel haben, um ein vielfältiges und breites Angebot anbieten zu können.

Existenzsichernder Mindestlohn: Im Kanton Bern können viele Menschen mit ihrem Einkommen den Lebensunterhalt nicht selbständig erwirtschaften. Wir müssen deshalb dafür kämpfen, dass alle einen existenzsichernden Mindestlohn erhalten.

Gesundheit, soziale Sicherheit und Integration

Unsere drei Hauptforderungen:

Sozialhilfe gem. SKOS-Richtlinien: Die SKOS-Richtlinien dürfen nicht unterschritten werden, damit die Menschen in der Sozialhilfe ein würdiges Leben führen können. Die SKOS-Richtlinien müssen von allen Kantonen eingehalten werden, sie sind das einzige Instrument zur Bemessung der Sozialhilfe schweizweit.

Krankenkassenprämien 10% Einkommen: Die Krankenkassenprämien dürfen das verfügbare Einkommen mit max. 10 % belasten. Trotz unserem erfolgreichen Referendum werden die Subventionen gegen den Volkswillen gekürzt.

Selbständigkeit im Alter: Die Alterspolitik im Kanton Bern wird nach dem Motto „Ambulant vor Stationär“ gestaltet. Dazu braucht es aber gute Dienstleistungen wie Spitexdienste und Tagesstätten, damit die alten Menschen zu Hause leben können. Werden diese ergänzenden Dienste gekürzt führt das zu Verwahrlosung, Notfallaufnahmen in Spitälern und zu vermehrten Heimeintritten.

Verkehr, Raumplanung und Energie

Unsere drei Hauptforderungen sind

Ausbau des öV und der Velowege: Es ist wichtig, dass weiterhin der öV und das Veloverkehrsnetz bedarfsgerecht ausgebaut werden, denn wir wollen keine überlasteten öffentlichen Verkehrsmittel und keine Staus auf den Strassen.

Förderung von bezahlbarem Wohnraum: Das Wohnen wird immer teurer, der Kanton muss mit gezielten Vorgaben die Förderung von gemeinnützigem Wohnbau unterstützen. Zudem fordern wir immer wieder, dass Bauland nur noch im Baurecht abgegeben wird, um den Immobilienmarkt besser zu regeln.

Investition in erneuerbare Energien: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossen, aber jetzt braucht es Investitionen in erneuerbare Energieträger und verbindliche Standards zur Verbesserung der Energieeffizienz. Hier gilt es, die Wasserkraft, Wind- und Solarenergie zu fördern.

Elisabeth Striffeler, Präsidentin SP-JUSO-PSA Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

RÜCKBLICK LEGISLATUR 2014-2018

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch ich begrüsse Sie herzlich zu diesem Anlass.

Die letzte Legislatur haben wir mit einer rotgrünen Mehrheit im Regierungsrat und als zweitgrösste Fraktion mit 36 Mitgliedern (inkl. PSA) im Grossen Rat gestartet. Dies in einem stark bürgerlichen dominierten Rat. Unser Regierungsrat Andreas Rickenbacher und unsere Regierungsrätin Barbara Egger haben trotz dieser erdrückenden bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat viele ihrer Geschäfte durchbringen können. So denke ich an sitem-Insel (Nationales Zentrum für Translationale Medizin und Unternehmertum), den Swiss Innovationspark in Biel und der Verpflichtungskredit des Campus Biel. Dank Barbara Egger und dem Bilden von Allianzen durch Luc Mentha konnte, mit bürgerlicher Unterstützung, eine fortschrittliche Energiepolitik weitergeführt werden und wurde wiederum durch die Vernetzung und Überzeugung von Luc Mentha mit bürgerlichen Unterstützern das BKW Gesetz und das Baugesetz in unserem Sinn durchgebracht. Es wurden etliche Kredite im ÖV und im Strassenbereich im Sinne unserer Regierungsrätin bewilligt. Ich erinnere Sie gerne daran, dass durch den Druck der SP der Kanton Bern der erste Kanton ist, der Atomkraftwerke abschalten wird. Wir sind bereit und immer bemüht Allianzen zu bilden und für unsere Anliegen auch Kompromisse einzugehen. Wir haben uns stark und engagiert für die Reithalle eingesetzt und konnten, zwar mit vielen Kompromissen, dank Adrian Wüthrich das Landeskirchengesetz verabschieden. Patric Bhend haben wir es zu verdanken, dass nach vielen Jahren und mehreren Versuchen das Notariatsgesetz endlich in unserem Sinne umgesetzt wird. Ein Erfolg können wir auch bezüglich Transparenz aufweisen: zumindest die Offenlegung der Politikfinanzierung konnten wir durch das grosse Engagement von Ursula Marti und Michael Aebersold erreichen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ferienbetreuung, der höhere Betrag, der bei Drittbetreuungskosten steuerlich abgezogen werden kann und der grosse Einsatz für die Tageseltern durch Sarah Gabi Schönenberger sind weitere wichtige Erfolge, die die SP erreicht hat.

Mit den Rücktritten von Andreas Rickenbacher und von Philippe Perrenoud verloren wir in der Regierung die Mehrheit. Der Sitz von Philippe Perrenoud konnte nicht verteidigt werden, dafür konnte Christoph Ammann die Nachfolge von Andreas Rickenbacher übernehmen.

Abbauprogrammen, Privatisierungen und Steuergeschenken für Privilegierte konnten wir nicht entgegenhalten. Mit unseren Anliegen wie der Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau, einer Sozialpolitik die auch sozial ist, einer Gesundheitspolitik die statt rückwärts in die Zukunft orientiert ist oder unserer Forderung nach noch mehr Transparenz wie zum Beispiel in der Steuerveranlagungspraxis hatten wir kaum eine Chance.

Seit der Übernahme der Gesundheitsdirektion durch Regierungsrat Schnegg 2016 weht ein noch rauerer Wind in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Die Bürgerlichen haben sich von allen Kompromissen in der GEF verabschiedet. Die Abbaurunde in der Novembersession hat aufgezeigt, welchen Respekt alte, kranke und arme Menschen im Kanton Bern mit einer bürgerlich dominierten Regierung und einem bürgerlichen Grossen Rat in Zukunft noch ausgeprägter entgegengebracht werden: keinen.

Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger bei den nächsten Wahlen unserer Politik vermehrt Aufmerksamkeit schenken werden, dass unsere Fraktion an Stärke zunehmen wird und wir die bereits vorgestellten Vorhaben verwirklichen können.

Medienmitteilung SP Kanton Bern

Bern, 17. Januar 2018

Medienkonferenz zu den Grossratswahlen 2018



ZUKUNFT STATT ABBAU!



Die SP will bei den Grossratswahlen vom 25. März deutlich zulegen und eine linke Trendwende herbeiführen. Sie will den Kanton stärken und für die Zukunft rüsten mit Investitionen in Bildung und Innovation, Gesundheit und Integration sowie eine ökologische Energie-, Verkehrs- und Siedlungspolitik. Zukunft statt Abbau ist das Motto! Denn der aktuelle bürgerliche Abbauwahn führt in eine Abwärtsspirale und zu einer Zweiklassengesellschaft. Die SP geht mit Zuversicht in die Wahlen: Diverse Wahlerfolge auf Gemeindeebene sowie wachsende Mitgliederzahlen zeigen den grossen Rückhalt der Partei in der Bevölkerung.

Die SP Kanton Bern stellte an der heutigen Medienkonferenz ihre Ziele und ihre Kampagne zu den Grossratswahlen vom 25. März 2018 vor. Für die SP kandidieren 243 Personen auf 16 Listen. Dazu kommen 4 Juso-Listen. Die SP tritt mit separaten Frauen- und Männerlisten an und weist sowohl bei den Kandidierenden als auch bei den aktuell Gewählten als einzige Partei eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter auf. Die SP zieht mit dem Slogan «Zukunft statt Abbau» in den Wahlkampf. Denn statt dem rückwärtsgewandten und schädlichen Abbauwahn der Bürgerlichen braucht es Investitionen für die Zukunft. Parteipräsidentin Ursula Marti: „Die SP ist breit verankert und wir spüren viel Rückhalt für unsere soziale und konstruktive Politik, die die Menschen ins Zentrum stellt und den Kanton mit innovativem Geist voranbringt.“ Die SP will ihren Wähleranteil um 3 % auf mindestens 22% erhöhen. Sie konzentriert sich im Wahlkampf auf ihre bewährte Basiskampagne, bei der Wählerinnen und Wähler telefonisch kontaktiert werden. Zudem führt die SP einen engagierten Strassenwahlkampf.

Thematisch stützt sich die SP auf ihre Wahlplattform mit den Bereichen Bildung, Arbeit, Innovation, Gesundheit, Soziale Sicherheit, Integration, Verkehr, Raumplanung und Energie. In diese Bereiche will die SP investieren und sie weiterentwickeln. Zu den Hauptforderungen gehören zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Krankenkassenprämien, die maximal 10% des Haushaltseinkommens ausmachen und die Förderung von erneuerbaren Energien. Vizepräsidentin Margrit Junker Burkhard dazu: «Statt Steuersenkungen für einige wenige, wollen wir Investitionen, die der ganzen Bevölkerung einen Nutzen bringen.»

Trotz ihrer Minderheitsposition ist es der SP regelmässig gelungen, im Grossen Rat wichtige Vorlagen erfolgreich zu gestalten, etwa das Baugesetz, das BKW-Beteiligungsgesetz, das Energiegesetz oder das Innovationsförderungsgesetz. Wichtige Akzente konnte die SP auch bei der Förderung der Kinderbetreuung setzen: Die Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs bei den Steuern sowie die Förderung der Tagesfamilien und der Ferienbetreuung. Zwei wichtige Erfolge bei Volksabstimmungen waren das wuchtige Berner Nein gegen die USR III sowie das gewonnene Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen, Fraktionspräsidentin Elisabeth Striffeler muss umgekehrt auch feststellen, dass in der Sozial- und Gesundheitspolitik ein eisiger Wind weht: «Die Abbaurunde in der Novembersession hat aufgezeigt, dass die bürgerliche Mehrheit alten, kranken und armen Menschen im Kanton Bern keinen Respekt mehr entgegenbringen.»

Für weitere Auskünfte:

- Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, 079 645 61 19
- Margrit Junker, Vizepräsidentin SP Kanton Bern, 079 377 75 21
- Elisabeth Striffeler, Präsidentin SP-JUSO-PSA Fraktion, 079 563 94 59